

Es informiert Sie	Kerstin Weber
Telefon (0202)	563 69 30
Fax (0202)	563 47 57
E-Mail	Kerstin.Weber@stadt.wuppertal.de
Datum	23.09.2002

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses Schutz und Ordnung am 18.09.2002

Anwesend sind:

unter dem Vorsitz von

Herrn Klaus Peter Bartsch ,

von der CDU-Fraktion

Herr Heinz-Peter Brakelmann , Herr Günter Pott , Herr Wolfgang Priem (Vertreter für Herrn Rainer Spiecker), Herr Andreas Weigel ,

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert , Herr Wolfgang Hahn , Herr Eberhard Hasenclever , Herr Arif Izgi , Frau Silke Neuschäfer ,

von der FDP-Fraktion

Herr Tobias Wierzba ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Herr Guido Gehrenbeck ,

als sachkundige Einwohner

Herr Pol.-Dir. Rainer Blaudzun , Herr Winfried Schrahe ,

von der Verwaltung

Herr Herbert Auer , Herr Jörg Beier , Herr Siegfried Brütsch , Herr Werner Fischer , Herr Ralf Loewen , Herr Michael Mehler , Herr Joachim Rubert , Herr Klaus-Peter Stein , Herr Ulrich Zander ,

als Gast

Herr Fortmann, Herr Winfried Arenz ,

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Rainer Spiecker (vertreten durch Herrn Wolfgang Priem),

vom Ausländerbeirat

Herr Naciri Abdeluahid ,

von der Verwaltung

Herr Jochen Blätte, Herr Dr. Werner Henning, Herr Ulrich Schulte

Schriftführerin

Frau Kerstin Weber ,

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 17:20 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und bittet um Mitteilung von Änderungs- bzw. Ergänzungswünschen zur Tagesordnung.

Auf Wunsch der Verwaltung wird TOP 4 als TOP 0 vorgezogen.

Herr Stv. Weigel kündigt zwei Besprechungspunkte zu TOP 5 an.

0 Präsentation Ratsinformationssystem `Session`

Herr Fischer stellt zunächst den Anwenderbetreuer des Projektteams `Ratsinformationssystem (RIS)` Herrn Fortmann vor, der die DV - Anwendung `Session` präsentieren wird. Herr Fischer weist darauf hin, dass für den hiesigen Ausschuss bereits sämtliche Dokumente der Legislaturperiode in Session eingestellt wurden und somit eine umfassende Suche/Volltextrecherche möglich ist. Er erläutert des weiteren die unterschiedlichen Zugriffsmöglichkeiten auf Session durch Politiker, Verwaltungsmitarbeiter und Bürger und stellt die von Politikern benötigte `Active Card` vor.

Dann erfolgt die Präsentation mit umfangreichen Erläuterungen durch Herrn Fortmann.

1 Melderegisterauskünfte an politische Parteien und Wählervereinigungen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Vorlage: VO/0550/02

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 18.09.2002:

Der Beschluss des Rates vom 22.05.1989 zu Drucksache Nr. 99/89, keine Melderegisterauskünfte zu erteilen, wird aufgehoben.

Der Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 GO NRW zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Interkommunale Zusammenarbeit der Feuerwehren Solingen und Wuppertal; Einrichtung einer gemeinsamen Leitstelle Vorlage: VO/0539/02

Herr Hackländer verweist auf die vorliegende Begründung zur Drucksache. Er erklärt, dass er eine sachlich fundierte politische Entscheidung nur auf der Grundlage eines externen Gutachtens für möglich hält, auch wenn sich die Kosten für ein solches Gutachten auf ca. 100.000 Euro belaufen werden. Er unterstreicht, dass sich die Verwaltung von der Zusammenlegung der Leitstellen Einspareffekte im Personalbereich und im Bereich der Betriebssysteme verspricht und ergänzt, dass er sogar bereits eine Zusage des Kämmers erhalten habe, dass ein Teil des durch die Zusammenlegung der Leitstellen eingesparten Geldes in den Bereich der Feuerwehr zurückfließen würde. Die Zusammenlegung der Leitstellen soll so konzipiert werden, dass sich andere Städte auch im Nachhinein noch an dieses Projekt anschließen können. Das Gutachten soll auch weitere Themen wie z.B. Kooperationsprojekte in den Bereichen Rettungs- und Krankentransportdienst etc. mit behandeln.

Die Fraktionsvertreter verdeutlichen, dass eine Zusammenlegung der Leitstellen keinesfalls zu Lasten der Beschäftigten der Feuerwehr und nicht ohne Beteiligung des Ausschusses stattfinden darf.

Die Drucksache wird daher geändert wie folgt beschlossen:

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 18.09.2002:

1. Der Ausschuss begrüßt die von der Verwaltung vorgeschlagene technische und organisatorische Untersuchung von Kooperationsmöglichkeiten durch ein von den Städten Solingen und Wuppertal gemeinsam zu vergebendes Gutachten.
2. Soweit sich aus dem Gutachten Kostenoptimierungsmöglichkeiten ohne negative Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Feuerwehr, **auf die Beschäftigten der Feuerwehr** sowie auf den Sicherheitsstandard ergeben, fordert der Ausschuss die Verwaltung **unter Beteiligung des Ausschusses** zur Umsetzung der entsprechenden Kooperationsmaßnahmen auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**3 Ordnungsbehördliche Maßnahmen nach dem Landesimmissionsschutzgesetz (Musikbeschallung durch fahrende Händler)
mdl. Bericht**

Herr Loewen verweist auf den vorliegenden Presseartikel. Er erklärt, dass die Musikbeschallung durch fahrende Händler nach dem Landesimmissionsschutzgesetz grundsätzlich verboten ist und die Behörde nach Vorliegen von Anzeigen einschreiten mußte. Inzwischen sei der Petitionsausschuss des Landtages in dieser Sache eingeschaltet. Zuletzt hat die Aufsichtsbehörde unter Hinweis auf die Rechtslage die Erteilung von Einzelgenehmigungen angeregt, diese bewertet Herr Loewen als nicht praktikabel. Die Prüfung sei allerdings noch nicht abgeschlossen.

4 s. TOP 0

5 Verschiedenes / Mitteilungen der Verwaltung

Rettungsdienstbedarfsplan

Herr Stv. Weigel bittet die Verwaltung um Sachstandsmitteilung bezüglich des Rettungsdienstbedarfsplanes.

Herr Brütsch erklärt, dass ein genauer Termin für die Vorstellung des Planes im Ausschuss nicht benannt werden kann. Er versichert aber, dass die Gespräche mit den Verfahrensbeteiligten zur Abstimmung des Planes in vollem Gange sind.

Zuständigkeit von Prüfstellen

Herr Stv. Weigel bittet die Verwaltung die Zuständigkeiten im Überwachungsbereich (z.B. Amtsapotheker, Gaststättenkontrolleure etc.) zu erläutern. Anlass ist die Begehung eines Altenheims durch den Amtsapotheker, bei der Überprüfungen durchgeführt wurden, die offensichtlich nicht in die Zuständigkeit eines Amtsapothekers fallen (z.B. Feststellung von Schimmelpilzbefall, Bemängelung von Brandschutzeinrichtungen).

Herr Hackländer verweist auf die ineinander übergreifenden Zuständigkeiten im Überwachungsbereich und erklärt, dass der beschriebene Vorfall bereits bekannt sei und überprüft werde.

Mobile Geschwindigkeitsüberwachung

Herr Loewen berichtet, dass in den drei Monaten seit Einführung der Mobilien Geschwindigkeitsüberwachung ca. 100.000 Fahrzeuge in der Zeit von Mo.-Fr. 08.00 – 20.00 Uhr an den in der Presse bekannt gegebenen Messpunkten überprüft wurden. Dabei wurde festgestellt, dass ca. 5.000 Fahrzeuge (5%) oberhalb der vorgeschriebenen Geschwindigkeitsgrenze bewegt wurden. Die erlassenen Bußgeldbescheide wurden beschwerdelos akzeptiert. Zu Beginn des Jahres 2003 kann dem Ausschuss ein umfangreicher Sachstandsbericht gegeben werden.

Feuerwache Nächstebreck

Herr Brütsch teilt mit, dass die Überprüfung des GMW bezüglich der entstandenen Mehrkosten beim Umbau der Freiwilligen Feuerwache Nächstebreck ergeben hat, dass der Architekt nicht regreßpflichtig gemacht werden kann, da er rechtens gearbeitet hat. Die Mehrkosten sind daher von der Stadt selbst zu tragen.

Feuerwache Waldeckstraße

Herr Stv. Brakelmann erkundigt sich nach dem Termin für den Spatenstich des Bauvorhabens.

Herr Brütsch antwortet, dass das Ressort 103 zur Zeit die notwendigen Bodensanierungsmaßnahmen durchführt. Das Ausschreibungsverfahren wurde durch das GMW noch nicht abgeschlossen.

Herr Stv. Brakelmann bittet die Verwaltung zur nächsten Ausschusssitzung einen schriftlichen Sachstandsbericht vorzubereiten.

Sachkundige Einwohner

Herr Hackländer informiert darüber, dass Herr Polizeidirektor Blandzun die Mitgliedschaft im Ausschuss aus beruflichen Gründen niederlegen muss. Als Nachfolger wurde seitens der Polizei sein bisheriger Vertreter Herr Detlev Rüter benannt. Dieser soll durch Herrn Michael Klein vertreten werden. Die Bestellung für den Ausschuss wird durch Hauptausschuss und Rat erfolgen.

Kreisbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

Herr Hackländer weist darauf hin, dass Herr Kurt Glaser als Vorsitzender des Kreisbeirates zurückgetreten ist. Die Fraktionen bittet er zu überlegen, ob der Beirat, sofern er kein Pflichtgremium ist, was die Verwaltung unter Einbindung des Ressorts Zuwanderung und Integration derzeit prüft, aufgelöst werden kann.

Klaus Peter Bartsch
Vorsitzender

Kerstin Weber
Schriftführerin